

FS-20 NEU Solidarität mit den mutigen iranischen Frauen und ihrem Kampf für Freiheit

Gremium: BAG Migration & Flucht, Gollaleh Ahmadi (KV Berlin-Spandau) u. a.
Beschlussdatum: 13.10.2022
Tagesordnungspunkt: FS Wertegeleitet, multilateral, handlungsfähig: grüne Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende

Antragstext

- 1 Bündnis 90/Die Grünen stehen ungebrochen solidarisch an der Seite der Menschen, die im Iran
2 leben. Menschen- und insbesondere Frauenrechte müssen gewahrt und geachtet werden. Wir
3 solidarisieren uns mit dem inspirierenden Mut allen voran iranischer Frauen, die trotz aller
4 Repressionen für ihre Freiheit und für ihre Rechte im Iran auf die Straße gehen.
- 5 Bündnis 90/Die Grünen mit ihren Wurzeln in der Bürger*innen-Bewegung stehen national wie
6 international Feministinnen, der Klima- und Bürgerrechtsbewegung, den LGBTQI-Aktivist*innen
7 und der Eine-Welt-Bewegung und ihrem Kampf für Freiheit, Gleichheit, Menschen- und
8 Bürger*innenrechte bei. Menschenrechte und Frauenrechte gehören weder „dem Westen“ noch „dem
9 Osten“, sie sind universell und in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verbriefte.
- 10 Wir verurteilen die Repression und brutale Gewalt durch die Islamische Republik entschieden.
11 Die Bestrebungen nach politischer und religiöser Freiheit, Selbstbestimmung und Demokratie
12 im Iran unterstützen wir ausdrücklich. Im Iran werden Menschen-, Bürger*innen- und
13 Frauenrechte systematisch missachtet und verletzt.
- 14 Angehörige ethnischer und religiöser Minderheiten wie etwa Kurd*innen, Balutsch*innen,
15 Baha'is, oder Sufis sind im Iran oft vielfachen Diskriminierungen und Verfolgungen
16 ausgesetzt. Aufgrund diskriminierender Gesetze sind Homosexuelle und andere sexuelle
17 Minderheiten (LGBTQI) im Iran regelmäßig der Gefahr von Belästigung, Gewalt und sogar dem
18 Tod ausgesetzt.
- 19 Jedes Jahr werden Millionen von Frauen im Iran staatlich organisiert angehalten, schikaniert
20 und sanktioniert, weil sie das Kopftuch „nicht korrekt“ tragen. Langjährige Gefängnisstrafen
21 und Misshandlungen während der Haft sind an der Tagesordnung. Seit der Amtsübernahme des
22 iranischen Präsidenten Ebrahim Raissi ist die Verfolgung von Frauen durch die sogenannte
23 Moralpolizei weiter verschärft worden.
- 24 Friedliche Proteste werden unterdrückt und niedergeschlagen. Unzählige Fälle von
25 Verschwindenlassen sind dokumentiert, diese Dokumentation wird vom Staat allerdings schlicht
26 ignoriert. Journalist*innen, Regierungskritiker*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen und
27 zivilgesellschaftliche Aktivist*innen werden willkürlich festgenommen und oft ohne faire
28 Gerichtsverfahren verurteilt. Häufig erleiden politische Gefangene in der Haft Folter und
29 Misshandlungen und ihnen werden notwendige medizinische Behandlungen vorenthalten.
- 30 Seit den Protesten von 2019 haben die iranischen Justizbehörden den Preis für friedlichen
31 Dissens dramatisch erhöht und Dutzende von Menschenrechtsverteidiger*innen und -
32 aktivist*innen zu jahrzehntelangen Haftstrafen verurteilt. Schwerwiegende Missbräuche durch
33 die Sicherheits- und Geheimdienstbehörden bei den landesweiten Protesten von November 2019

34 werden bis heute vertuscht, genauso wie die zahlreichen Todesopfer der Proteste. Laut eines
35 umfangreichen Berichts von Amnesty International sind insgesamt rund 7000 Männer, Frauen und
36 auch Kinder innerhalb weniger Tage festgenommen, gefoltert und misshandelt worden. Dadurch
37 seien zweifelhafte „Geständnisse“ über Teilnahmen an Demonstrationen, Mitgliedschaft in
38 Oppositionsgruppen sowie Kontakte zu ausländischen Regierungen und Medien erzwungen worden.
39 Darüber hinaus wurden einige junge Männer auf Grundlage des Vorwurfs, sich während der
40 Proteste an gewalttätigen Ausschreitungen beteiligt zu haben, zum Tode verurteilt und
41 hingerichtet.

42 Wir fordern die Regierung Irans auf, die Diskriminierung und Verfolgung von
43 Menschenrechtsverteidiger*innen, religiösen und ethnischen Minderheiten, Frauen, LGBTQI,
44 Journalist*innen, Umweltaktivist*innen, anders Denkenden und Oppositionellen einzustellen.

45 Wir begrüßen, dass die Bundesregierung auf Rechtsstaatlichkeit sowie auf die Einhaltung der
46 Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts dringt. Die Initiative der Bundesregierung,
47 bei der EU die Verantwortlichen für die Gewalt der iranischen Sicherheitskräfte in das EU-
48 Sanktionsregime aufzunehmen, sowie die schnelle Aktualisierung des Lageberichtes Iran des
49 Auswärtigen Amtes als Grundlage für die Entscheidungspraxis des BAMF im Asylverfahren zu
50 nehmen, ist folgerichtig.

51 Angesichts der aktuellen Lage im Iran halten wir die Aussetzung von Abschiebungen in den
52 Iran für dringend geboten.

53 Aufgrund einer falschen Einschätzung der Sicherheitslage durch die Große Koalition in
54 Afghanistan und dem Iran wurden Personen abgeschoben, die sich nichts zu Schulden kommen
55 ließen und zum Beispiel direkt von ihren Ausbildungsplätzen abgeschoben wurden. Sie sehen
56 sich nun mit der katastrophalen Lage in diesen Ländern konfrontiert. Wir wollen, dass die
57 dreijährige Einreisesperren für diesen Personenkreis aufgehoben wird.

58 Geschlechtsspezifische Verfolgung, etwa durch diskriminierende Kleidungs Vorschriften, bei
59 deren Missachtung den Betroffenen martialische Strafen drohen, sollen konsequent,
60 vollumfänglich und grundsätzlich im Asylverfahren anerkannt werden.

61 Bündnis 90/Die Grünen setzen sich auf Bundes- und Landesebene dafür ein, dass die nach
62 Deutschland geflohenen Iraner*innen, die bisher nur eine Duldung haben, ein Bleiberecht oder
63 mindestens einen subsidiären Schutzstatus im Folgeasylverfahren erhalten. Zudem wollen wir,
64 dass häufiger und schneller humanitäre Visa für akut bedrohte
65 Menschenrechtsverteidiger*innen erteilt werden.

66 Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass die Bundesregierung im Rahmen der EU und
67 gemeinsam mit internationalen Partner*innen zusammenarbeitet, um der iranischen Bevölkerung
68 zu helfen, Informationen frei und sicher im Internet und anderen Medien zu produzieren,
69 zugänglich zu machen und auszutauschen. Menschenrechtsverletzungen durch hohe Beamte der
70 iranischen Regierung müssen unabhängig untersucht, die Verantwortlichen zur Rechenschaft
71 gezogen werden. Dafür sind personenbezogene EU-Sanktionen von Einreisesperren bis hin zum
72 Einfrieren von Vermögenswerten geeignet. Auch eine Einstufung der maßgeblich für die Gewalt
73 im Iran verantwortlichen Gruppen der Revolutionsgarden (Passdaran) und der Milizen der
74 Basidsch als Terrororganisationen ist für uns vorstellbar.

75 Zudem verlangen wir faire rechtsstaatliche Verfahren für alle Inhaftierten im Iran und die
76 sofortige und bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen,
77 Menschenrechtsverteidiger*innen und LGTIQ-Aktivist*innen. Auch die Abschaffung inhumaner
78 Strafen wie Peitschenhiebe, die Einhaltung der Mindestgrundsätze der VN für die Behandlung
79 der Gefangenen (Nelson-Mandela-Regeln) und die vollständige Umsetzung der
80 Generalversammlungsresolution zur Menschenrechtssituation im Iran von 2021 ist überfällig.
81 Dazu gehört auch die notwendige Änderung des Art. 48 der iranischen Strafprozessordnung

82 dahingehend, dass allen Angeklagten endlich das Recht gewährt wird, durch eine
83 Verteidiger*in ihrer Wahl vertreten zu werden und Zugang zu einem fairen Verfahren im
84 Einklang mit dem VN-Zivilpakt zu erhalten.

85 Die Todesstrafe muss abgeschafft werden. Erst recht, wenn gegen die seitens des Iran
86 ratifizierte VN-Kinderrechtskonvention Minderjährige hingerichtet werden. Auch diesen
87 schulden wir unsere Solidarität und unsere Aufmerksamkeit.

Begründung

Die Antragsteller*innen von FS-20 und FS-21 haben sich in Absprache mit dem Bundesvorstand auf diesen neuen Text FS-20 NEU geeinigt. Dieser ersetzt FS-20 und FS-21.